

Finanzexperte Lothar Binding zu Gast beim SPD-Kreisverband

Panama Papers: „Die SPD will Geldwäsche verhindern“

(red). Norbert Theobald vom SPD-Kreisvorstand Rhein-Neckar freute sich über den großen Zuspruch und die vielen Interessierten, die den Weg in die SPD-Geschäftsstelle nach Schwetzingen gefunden hatten. Gemeinsam mit dem Ortsverein hatte er den finanzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Heidelberger Bundestagsabgeordneten Lothar Binding eingeladen.

„Die Dummen!“ Das war die einstimmige Antwort von Binding auf die Frage an das Publikum, wer denn in Deutschland eigentlich Steuern zahle. Dass diese Antwort nicht ganz richtig ist, dass aber die Kreativität beim Steuern „Sparen“ für einige kaum Grenzen hat, verdeutlichte der Finanzexperte in seinem Vortrag anschaulich. „Die Enthüllungen durch die Panama Papers hat die SPD-Bundestagsfraktion dazu veranlasst einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorzulegen“, so Binding. Steuergestaltung, Steuerbetrug, Geldwäsche und Terrorismusfinanzie-

rung sollen damit bekämpft werden.

Was sind Steueroasen?

Zuvor galt es Grundsätzliches zu erläutern. Steueroasen wären meist kleine Länder, die ihre Staatshaushalte in erheblichem Umfang im Zusammenhang mit Finanzgeschäften finanzieren, z.B. über die Einkommenssteuer oder spezielle Gebühren. Dort gäbe es spezielle Dienstleister, oft Rechtsanwaltskanzleien, die Firmen und Privatpersonen dabei helfen würden, ihre Einkommen, Gewinne und Vermögen am Finanzamt ihres Heimatlandes vorbeizuschleusen. Dadurch gingen weltweit Steuereinnahmen im dreistelligen Milliardenbereich verloren, so Binding.

Am Flipchart erklärte der Abgeordnete ausführlich und anschaulich wie Briefkastenfirmen überhaupt funktionieren, welche Steuervermeidungstricks Unternehmen anwenden und wie die deutsche Politik eingreifen kann. Briefkastenfirmen würden oft von Rechtsanwälten gegründet und mit einem fiktiven Geschäftsführer, einem Scheindirektor aus-

gestattet. „Charakteristisch für die Firmen ist es, dass sie keine Arbeitnehmer beschäftigen und der eigentlich wirtschaftlich Begünstigte unbekannt – hinter dem Scheindirektor versteckt bleibt“, klagt Binding an. Genutzt würden diese Briefkastenfirmen fast immer um Steuern zu vermeiden, indem Unternehmensgewinne, Einkommen oder auch Schwarzgelder in andere Länder verschoben würden. „Doch das ist kompliziert und knifflig und benötigt deshalb juristischen Beistand“, so der Finanzexperte.

Und was tut die Politik?

„Die SPD räumt der Bekämpfung von Steuerhinterziehung schon lange höchste Priorität ein – leider stoßen wir oft an politische Mehrheiten, denen die Freiheit des Marktes über alles geht“, so der finanzpolitische Sprecher. Ganz aktuell habe die Fraktion 20 konkrete Maßnahmen gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung in die Verhandlungen mit der CDU eingebracht.

Bei einer geschäftsmäßigen Begünstigung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung sollen künftig nicht mehr nur einzelne Mitarbeiter, sondern „auch die Banken und Unternehmen selbst haften und härter sanktioniert werden als bislang“. Die SPD fordert ein lückenloses internationales Programm gegen Geldwäsche und Steuerbetrug auf Ebene der G20 und des IWF. „Wir müssen endlich alle Lücken schließen“, so Binding.

Auf europäischer Ebene fordert er, dass Massengeschäfte mit Briefkastenfirmen künftig gemeldet werden müssen. Finanzanlagen in Offshore-Gebieten sollen verboten werden, die OECD-Empfehlungen zur Bekämpfung von Gewinnerlagerung international tätiger Unternehmen sollen in nationales Steuerrecht umgesetzt werden. So genannte „Steuer-Verschiebebahnhöfe“ sollen vermieden werden, damit nicht durch unterschiedliche natio-



Lothar Binding im Gespräch. Foto:pr

nale Regelungen Einkünfte im Ergebnis in keinem der beteiligten Staaten besteuert werden. „Wir brauchen auch eine europäische Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung, so Binding.

In Deutschland fordert er harte Sanktionen gegen die geschäftsmäßige Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung durch Banken. „Wir müssen solchen Banken im Zweifelsfall die Lizenz entziehen“.

Frage der Gerechtigkeit

„Der Skandal, der durch die Veröffentlichung der Panama Papers zu Tage gekommen ist, wirft vor allem die Frage nach Gerechtigkeit auf. Ist es fair, dass Unternehmen die steuerfinanzierte Infrastruktur eines Staates nutzen, um sich dann selbst durch Steuervermeidungstricks aus der Verantwortung zu stellen?“, fragte Lothar Binding die Gäste.

Auch die Verteilung der Steuerlast in Deutschland und wie diese gerechter gestaltet werden kann, brachte der Sozialdemokrat zur Sprache. Für die Entlastung der mittleren Einkommen zwischen 8.000 und 50.000 Euro Jahresverdienst setzte sich die SPD im Bund weiter ein. Dies scheitert jedoch bisher immer wieder an der Blockade von CDU und CSU. Das gelte auch für die schärferen national möglichen Regelungen, wie Kapitalverkehrskontrolle, Hinzurechnungs- und Quellenbesteuerung, so Binding zum Abschluss. Es gebe noch viel zu tun um die Welt der Steuern ein Stück gerechter zu machen.

Junge Grüne laden ein

Auf ein Bier mit Cem Özdemir

(red). Die Jungen Grünen aus dem Kreisverband Kurpfalz-Hardt laden ein zu einer Führung durch die Welde-Brauerei in Plankstadt, Brauereistraße 1. Als besonderen Gast an diesem Abend wird der Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir erwartet, der bereits vor zwei Jahren als Bierbotschafter des Deutschen Brauer-Bundes unterwegs war. Die Veranstaltung dreht sich inhaltlich neben der Brauereiführung und dem Thema „Craft Beer“ vor allem um den Themenbereich „Politik für junge Menschen“. Özdemir steht den Teilnehmenden nach einem Inputvortrag für eine offene Fragerunde in lockerer Atmosphäre zur Verfügung. Ebenfalls mit von der Partie sein wird der Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Schwetzingen,



Kommt auf ein Bier zu Welde ... Grünen-Vorsitzender Cem Özdemir. Foto:pr

Manfred Kern. Aufgrund des thematischen Schwerpunktes richtet sich die Einladung insbesondere an junge Menschen unter 35 Jahren mit Interesse an Politik. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, wird um Anmeldung per E-Mail an a.kazak@gruene-kurpfalz-hardt.de bis zum 13.07. gebeten.